

Bern, 16. Sept. (sig-sk)

Zum 26. September: Systemveränderer am Werk

spk. Der Schweizer ist mit unserer Gesellschaftsordnung mehr oder weniger zufrieden. Obwohl manch einer hier einige Verbesserungen und dort ein wenig mehr Fortschritt wünscht, ist der Eidgenosse so etwas wie ein Anti-Revolutionär. Daraus mag sich teilweise auch die grassierende Nein-Welle erklären. Für Veränderungen ist der Schweizer besonders dann nicht zu haben, wenn sie ihn, etwa als Steuerzahler, etwas kosten.

Die beiden Volksabstimmungen vom 26. September werden nun aber wesentlich durch Leute zu beeinflussen versucht, die unsere Gesellschaftsordnung auf den Kopf stellen wollen. Der Führungsspitze des VPOD, der nicht nur die Autoversicherungen verstaatlichen möchte, sondern auch Radio und Fernsehen zu dominieren versucht (als ob die politische Linke dort nicht schon genug Sympathie hätte!), diesem Personalverband geht es am 26. September weder um ein besseres Fernsehen noch um billigere Versicherungsprämien. Gesellschaftsveränderung ist sein Ziel. Dazu sein geschäftsleitender Sekretär, Walter Renschler: "Der VPOD begnügt sich nie mit der Rolle des gewerkschaftlichen Ordnungsfaktors, um durch systembezogene Einzelmassnahmen die fundamentalen Fehler des kapitalistischen Systems selbst zu konservieren. Unser Verband war immer auch Kampforganisation der Arbeiterklasse für ein gesichertes Gemeinwohl und als solche auf grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft ausgerichtet" (26. Juni in Lausanne).

Die Töne, die da Genosse Renschler vor seinen Mannen angeschlagen hat, sind nicht nur eines kommunistischen Einpeitschers würdig, sondern zeigen mit aller Deutlichkeit, dass zumindest die Drahtzieher des VPOD unser Gesellschaftssystem auf den Kopf stellen wollen. Das könnte einerseits durch Verstaatlichungsaktionen wie jene gegen die Autoversicherer geschehen, das wird vom VPOD aber auch dadurch bewerkstelligt, dass er durch die Nein-Parole zum Radio- und Fernsehartikel die beiden grossen Medien unter der Fuchtel der politischen Linken behalten will und eine Demokratisierung von Organisation und Betrieb des Radios und Fern-

Zum 16. September:...(2)

sehens zu sabotieren versucht.

Dabei ist dem VPOD jedes Mittel recht, ja es werden sogar Tricks des dialektischen Materialismus bemüht, um den Stimmbürger aufs Kreuz zu legen. So wird diesem etwa suggeriert, die bösen Bürgerlichen wollten sich das Fernsehen unter den Nagel reißen, oder es wird dem biederen Autofahrer weisgemacht, er fahre mit einer staatlichen Haftpflichtversicherung billiger. Dabei pfeifen es nachgerade die Spatzen von den Dächern, dass auch eine Staatsversicherung nur mit Wasser kochen kann und billigere Versicherungsprämien auf Kosten der Dienstleistung gehen müssten. Und an eine Verbürgerlichung der Massenmedien ist ebenfalls nicht gedacht. Die bürgerlichen Parteien wären schon dankbar, wenn nicht immer dieselben Gesichter sozialdemokratischer Provenienz vor die Kamera gezerzt würden.

Es versteht sich deshalb praktisch von selbst, dass der Stimmbürger den Verstaatlichungsgelüsten des VPOD am 26. September eine wuchtige Abfuhr bescheren muss. Etwas schwieriger ist die Ausgangslage beim Radio- und Fernsehartikel. Manch einer, der mit den beiden Medien nicht zufrieden ist (und sei es auch nur mit "seinem" Hans A. Traber oder Robert Lembke), ist geneigt, es "denen bei der SRG" mit einem kräftigen Nein zu zeigen. Ein freieres und demokratischeres Fernsehen werden wir aber nur erhalten, wenn wir am 26. September ein Ja einlegen. Aber bitte: nicht am falschen Ort!

tts